

N i e d e r s c h r i f t

der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 05.11.2009

öffentlich

Ort: Stadtmuseum Halle (Saale)
Große Märkerstraße 10
06108 Halle (Saale)

Zeit: 16:00 Uhr bis 18:15 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Andreas Schachtschneider	stimm.b.Mitgl	
Frau Heike Wießner		
Frau Ute Haupt		
Herr René Trömel		
Frau Hanna Haupt		
Herr Klaus Hopfgarten		
Frau Katja Raab		
Frau Dr. Regine Stark		Ab 17.20 i.V. Frau Wolff anwesend
Frau Sabine Wolff		Bis 17.20 Uhr anwesend
Herr Oliver Paulsen		i.V. von Frau Brock anwesend
Herr EKHK Ralf Berger		
Herr Torsten Bognitz		im NÖT nicht anwesend
Herr Leonhard Dölle		im NÖT nicht anwesend
Frau Beate Gellert		Im NÖT nicht anwesend
Herr Uwe Kramer		
Frau Sylvia Plättner		i.V. von Frau Klotsch anwesend
Frau Helga Schubert		
Frau Renate Leonhard	Berat.	
Mitglied		
Frau Dr. Christina Slomka		
Herr Uwe Steudel		
Herr Friedrich		
Frau Ines Wahl		
Frau Silvana Götz		
Frau Katharina Brederlow		
Herr Tobias Kogge		
Frau Petra Schneutzer		
Frau Susanne Wildner		bis 18.00 Uhr anwesend

Entschuldigt fehlen:

Frau Antje Klotsch	stimm.b.Mitgl	i.V. Frau S. Plättner anwesend
Frau Inés Brock		i.V. Herr Paulsen anwesend
		.
Frau Sabine Franz	Berat.Mitgl.	i.V. Herr Friedrich anwesend
Herr Richter Bruno Glomski		entschuldigt
Herr Philipp Pieloth		i.V. Silvana Götz anwesend
Herr Max Privorozki		i.V. Frau Wahl anwesend
Frau Peggy Rarrasch		entschuldigt
Frau Heike Schmied		entschuldigt

- . Kinder- und Jugendsprechstunde
- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2. Feststellung der Tagesordnung
- 3. Genehmigung der Niederschrift vom 01.10.2009
- 4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 5. Vorlagen
- 5.1. Förderung der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit durch finanzielle Unterstützung der Freien Träger der Jugendhilfe im Haushaltsjahr 2009 - Projektförderung - Nachtrag
Vorlage: V/2009/08285
Vorlage: V/2009/08285
- 5.2. 1. Satzung zur Änderung der Satzung zur Schülerbeförderung der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2009/08198
- 5.3. Bericht über die Arbeit des Quartiersmanagements in Halle-Neustadt
Berichterstattung: Frau Jana Kirsch, SPI - Soziale Stadt und Land
Entwicklungsgesellschaft mbH
Vorlage: V/2009/08281
mit anschließender Information zur Verlängerung bis 2010 durch Herrn Wendler,
Stadtplanungsamt
- 5.4. Gemeinsame Förderrichtlinie der Stadt Halle (Saale) für die Bereiche: Kultur, Sport, Jugendhilfe,
Soziales und Gleichstellung
Vorlage: IV/2009/07886
- 6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 6.1. Antrag der FDP-Stadtratsfraktion - Gebührendämpfung im Kindertagesstättenbereich
Vorlage: V/2009/08139
- 6.2. Antrag der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Erhaltung des Standortes der Öko-
Schule Halle-Franzigmark am Schulumweltzentrum Franzigmark
Vorlage: V/2009/08257
- 6.3. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Umweltzentrum Franzigmark erhalten
Vorlage: V/2009/08253
- 7. schriftliche Anfragen von Stadträten
- 8. Mitteilungen
- Informationen zum Konjunkturpaket II
- 9. Arbeitsplanung
- 10. Beantwortung von mündlichen Anfragen
- 11. Anregungen

zu **Kinder- und Jugendsprechstunde**

Frau Hanna Haupt eröffnete die Kinder- und Jugendsprechstunde.

Sarah Wiesner und ein zweites Mädchen trugen vor, dass sie den Erhalt der Ökoschule in der Franzigmark möchten. Sie sprachen an, dass sie jährlich dort zu Exkursionen sind und dies für einen Bildungsort in Naturnähe halten, welcher wichtig ist.

Außerdem sprach **Karsten Waschitschka** sich für den Erhalt des Objektes in der Franzigmark aus. Dieser arbeitet in einer Förderschule und war erst für 1 Woche dort im Schullandheim. Die Angebote dort hält er insbesondere für sozial schwache als auch lernbehinderte Kinder sehr gut. Das dort ausliegende Gästebuch sagt aus, wie gut angenommen das Objekt wird und das man sich dort gut aufgenommen fühlt. Er plädierte dafür, dass dieses Schullandheim erhalten bleibt.

Frau Hanna Haupt dankte für die Vorsprachen in der Sprechstunde.

zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Frau Hanna Haupt eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Zusendung der Einladung als auch die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 **Feststellung der Tagesordnung**

Frau Hanna Haupt sprach an, dass die TOP 6.2 und 6.3 vertagt werden sollte. Diese beiden Anträge wurden im Bildungsausschuss am 03.11. vertagt und hierzu sollte der BA zuerst tagen. Frau Wolff wurde angefragt, ob sie damit einverstanden ist.

Frau Wolff stimmte der Vertagung der beiden TOP zu, unter der Voraussetzung, dass es dann im Dezember auf der TO steht.

Da es keine Einwände hierzu gab, wurden die **TOP 6.2 und 6.3.** auf die Sitzung des JHA am 03.12. **vertagt und kamen heute von der TO.**

Herr Trömel fragte an, ob es zum TOP 5.2 Schülerbeförderungssatzung ein Austauschblatt gibt. Die gesamte Vorlage wird als mangelhaft angesehen, es erfolgten keine Korrekturen. Es sind Rechenfehler enthalten.

Frau Wolff sprach sich dafür aus, diesen TOP auf TO zu belassen, da dies behandelt werden sollte.

Herr Schachtschneider sprach an, dass die 3,0 km Mindestentfernung im Beschlussvorschlag 1 – entsprechend des im Bildungsausschuss vorgetragenen Antrages der Fraktion DIE LINKE bereits enthalten ist – jedoch wurden die Zahlen auf Seite 4 nicht angepasst.

Es wurde festgelegt, dass der **TOP 5.2 von der TO genommen** und auf die Sitzung am 03.12.09 **vertagt** wird.

Frau Wolff stellte den Antrag, die TOP 5.1 und 5.3 zu tauschen und begründete dies. Dem Antrag wurde zugestimmt.

Frau Hanna Haupt stellte die TO fest. Die TOP 5.2 und 6.2 und 6.3 wurden auf die Sitzung am 03.12.09 vertagt. Der TOP 5.1 wird mit dem TOP 5.3 getauscht, so dass 5.3 zuerst behandelt wird.
Diese TO wurde so bestätigt.

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 01.10.2009

Frau Hanna Haupt sprach an, dass sie unter TOP 5.2 als Ergänzung im Schlusssatz aufgenommen haben möchte „...in 1. Lesung“ zur Kenntnis genommen.
Da es keine weiteren Hinweise zur Niederschrift gab, wurde diese mit der Ergänzung bestätigt.

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Es gab in der letzten Sitzung keine nichtöffentlichen Beschlüsse.

zu 5 Vorlagen

zu 5.1 Förderung der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit durch finanzielle Unterstützung der Freien Träger der Jugendhilfe im Haushaltsjahr 2009 - Projektförderung - Nachtrag

Vorlage: V/2009/08285

Anfrage durch ein Mitglied (STR) auf Grund der Aussage in der Begründung, letzter Satz „...keine begründeten Anträge eingegangen...“, was ist der Unterschied zwischen begründet und unbegründetem Antrag.

Herr Zwakhoven antwortete, dass es zwei Anträge hierzu gab. Die Pauschalerhöhung bei den Personalkosten sind nicht hinterlegt worden. Im JHA 02.04.09 wurde bei diesem Teil der Projektförderung festgelegt, dass bei einer Steigerung von Personalkosten diese begründet werden sollten.

Frau Brederlow ergänzte, dass es um Restmittel in der Projektförderung hier geht, worüber abgestimmt werden soll. In das ARBAK Jugend Projekt fließen 660.000 €; 33.400 € sollen von der Stadt übernommen werden und auf die Jahre 2009 – 2012 aufgeteilt werden. Somit betrifft dies für 2009 die Summe von 8.800 €. Vom Träger wurde vergessen, für 2009 ein Antrag gestellt zu werden und somit ist dieses Projekt bei der Projektplanung unberücksichtigt geblieben. Da noch freie Mittel vorhanden sind und auch die Priorität des Projektes gesehen wird, ist dies jetzt im Nachtrag der Projektförderung.

Durch ein Mitglied (STR) wurde angesprochen, dass in der Begründung zum Projekt nicht nachvollziehbar ist, was hier gemacht wird.

Frau Brederlow antwortete, dass Projektinhalte u.a. sind:

- Bewerbungs- und Kommunikationstraining
- Nachholen des Hauptschulabschlusses
- Internes Praktikum
- Auswertung/Vermittlung in Betriebspraktika/Ausbildung/Arbeit

Herr Kogge sicherte zu, dass der Zwischenbericht zum ARBAK Jugend Projekt den Mitgliedern zur Verfügung gestellt wird.

Durch ein Mitglied (STR) wurde angefragt, ob dies nicht auch in den Vergabeausschuss müsste.

Die Verwaltung antwortete, dass dies hierfür nicht erforderlich ist.

Herr Kogge sprach an, dass Projekte, welche in den § 13 SGB VIII ragen, auch immense Auswirkungen haben. Dies sollte auch mal als Bericht der Verwaltung im Ausschuss eine Rolle spielen.

Durch ein Mitglied (Fr.Träger) wurde angesprochen, dass in der Vorlage Informationen zum Projekt fehlen. Bsp. AWO – ist hier AWO Halle gemeint. Wenn das Projekt im Internet steht, sollte auch der Link dazu hier stehen. Wie ist die Cofinanzierung etc. Es fehlt auch eine Liste, aus der ersichtlich ist, wie viel Mittel geflossen sind und wie viel noch übrig sind.

Frau Brederlow antwortete, dass der Hinweis zu einer Liste über die ausgegebenen und noch vorhandenen Restmittel in der Projektförderung angenommen wird.

Anfrage durch ein Mitglied (Fr.Träger) ob die Träger, welche eine Ablehnung erhalten haben, die Möglichkeit hatten, den Mangel beim Antrag bereinigen zu können.

Frau Gellert sprach an, dass der Kinder- und Jugendhaus e.V. einen Antrag gestellt hatte, da es Mieterhöhungen gab. Dieser Antrag wurde mit der Begründung abgelehnt, dass der Mieterhöhung durch das ZGM widersprochen werden soll. Sie hat nicht widersprochen. Unklar ist ihr dennoch, wieso die Freien Träger der Mieterhöhung widersprechen sollen wenn es die Stadt bei ihren Gebäuden nicht macht und zahlt. Wieso ist hier keine Gleichbehandlung.

Frau Hanna Haupt bat darum, dass diese Anfrage schriftlich durch Frau Gellert gestellt wird, damit diese dann beantwortet werden kann. Sie verwies darauf, dass dieses Anliegen aber nichts mit der Vorlage zu tun hat.

Durch Mitglieder (STR und Fr. Träger) wurde darum gebeten, dass die Verwaltung eine Liste über die bisher ausgegebenen und noch vorhandenen Projektmittel den Mitgliedern vorlegt. Außerdem wurde um eine Liste gebeten, aus welcher ersichtlich ist, welche Anträge gestellt worden sind, die aber nicht berücksichtigt wurden.

Die Verwaltung sagte dies bis zur Sondersitzung am 26.11.09 zu.

Durch ein **beratendes Mitglied** wurde moniert, dass zum Projekt kein Bericht vorliegt und nicht ersichtlich ist, wofür die Mittel gedacht sind.

Frau Hanna Haupt stellte abschließend der Diskussion fest, dass die Vorlage als mangelhaft eingeschätzt wird und die Antworten der Verwaltung zu den Anfragen den Mitgliedern noch vorgelegt werden.

Sie fragte an, ob es zur Abstimmung des Vorschlages kommen kann, da dennoch klar ist, was mit dieser Projektförderung angedacht ist. Es gab keine Gegenstimmen und somit stimmte der Jugendhilfeausschuss zur Vorlage ab.

Beschlussvorschläge:

1. Der Jugendhilfeausschuss stimmt dem Vorschlag der Verwaltung zur Förderung des Projektes im Förderbereich „Innovative Projekte“ mit einer Antragsumme von über 5.000 EUR gemäß § 8 Abs. 2 der Satzung des Jugendamtes zu.

Abstimmungsergebnis:

Der Jugendhilfeausschuss stimmte **einstimmig** zu.

Nachtrag der Protokollantin: Hier der entsprechende **LINK** :
<http://www.awo-halle-merseburg.de/arbak-jugend>

**zu 5.2 1. Satzung zur Änderung der Satzung zur Schülerbeförderung der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2009/08198**

Es wurde kritisiert, dass die Vorlage mangelhaft ist.
Im Textteil, Seite 4, sind Rechenfehler enthalten.
Diese sind zu bereinigen und die Vorlage zur Behandlung korrekt vorzulegen.

Die Behandlung der Vorlage wurde **auf die Sitzung JHA 03.12.2009 vertagt**.

**zu 5.3 Bericht über die Arbeit des Quartiersmanagements in Halle-Neustadt
Berichterstattung: Frau Jana Kirsch, SPI - Soziale Stadt und Land
Entwicklungsgesellschaft mbH
Vorlage: V/2009/08281
mit anschließender Information zur Verlängerung bis 2010 durch Herrn
Wendler, Stadtplanungsamt**

Frau Kirsch von der SPI GmbH gab einen Bericht zur Arbeit Quartiersmanagement Neustadt ab. Sie sprach an, dass diese Arbeit am 01.03.2009 nach der Ausschreibung der Stadt wieder aufgenommen werden konnte. Eine sehr wichtige Aufgabe ist die Vernetzung von Akteuren der Verwaltung und des Stadtteils als auch die Öffentlichkeitsarbeit. Sie machte dies an Beispielen deutlich. Sie verwies darauf, dass hier nur eine punktuelle Berichterstattung erfolgen kann, da dies sonst den Rahmen einer Sitzung sprengen würde. Die Berichterstattung liegt allen Mitgliedern vor. Frau Kirsch machte zu einigen Projekten Ausführungen und merkte an, dass Träger aus dem Stadtteil auch bei der Aquse von Fördermitteln und der Antragstellung unterstützt werden. In Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung ist das Handlungskonzept umzusetzen und weiterzuentwickeln.

Durch ein Mitglied (STR) wurde angesprochen, dass die Bürgerbeteiligung zum Projekt Skatepark nicht so gut durchgeführt worden ist, es gab auch eine Klage des Ärztehauses, Anwohner der GWG waren hierbei auch nicht einbezogen worden.

Frau Kirsch antwortete, dass es hier eine Bürgerbeteiligung gab. Es war auch in der Presse ein Aufruf hierzu gemacht worden. Es gab positive wie negative Resonanzen durch Bürger und Anlieger, was normal bei Projekten ist.

Durch ein Mitglied (STR) wurde das positive Engagement von Frau Kirsch lobend erwähnt. Bei der Bürgerbeteiligung war das Mitglied ebenfalls dabei; vermisst wurde, dass der Bereich Sport stärker einbezogen werden sollte.

Frau Kirsch antwortete, dass der Sport anfangs etwas vernachlässigt worden ist, die Einbeziehung soll jetzt stärker erfolgen. Es werden Kooperationen und Partnerschaften auch hierzu entstehen.

Anfrage durch ein Mitglied (Fr. Träger) was sich beim Projekt „WABI“ hinter den Teilprojekten 3 und 4 verbirgt .

Frau Kirsch wies darauf hin, dass sie zu den einzelnen Projekten wenig sagen kann, hierzu müsste man sich an den Projektverantwortlichen wenden.

Frau Brederlow ergänzte, dass es zu einzelnen Projekten Broschüren gibt, welche bei Interesse zur Verfügung gestellt werden können.

Anfrage durch ein Mitglied (Fr. Träger) wie die Resonanz der Bürger auf das Bürgerbüro in der „Pustebume“ ist. Das „alte Büro“ in der Passage wurde ja geschlossen.

Frau Kirsch antwortete, dass sie dienstags von 9.00 – 14.00 Uhr dort eine Bürgersprechstunde anbietet, in dieses Büro kommen aber weniger Bürger. Die Bürger wenden sich hauptsächlich zu Veranstaltungen oder durch Telefonanrufe an sie. Die Anliegen der Bürger leitet sie dann an die entsprechenden Behörden weiter, damit man sich darum kümmert.

Durch ein Mitglied (Fr. Träger) wurde moniert, dass in dem Bericht mit soviel Abkürzungen, welche nicht für Jedermann erklärbar sind, gearbeitet wurde. „BIWAQ“, „ARBAK“ heißen was.

Die Abkürzungen wurden erläutert:

BIWAQ = ESF-Bundesprogramm „Soziale Stadt – Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier (BIWAQ)“

für Teilhabe und Chancengerechtigkeit in den Gebieten des Städtebauförderungsprogramms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt“

ARBAK - Jugend

Arbeitsmarktorientierte Beratungs- und Aktivierungsstelle für **Jugendliche**

Berufsorientierung für benachteiligte Jugendliche bis 27 Jahre

Frau Kirsch sicherte zu, im nächsten Bericht die Abkürzungen auszusprechen.

Anfrage durch ein Mitglied (StR) zu den qualitativen Auswirkungen und der Nachhaltigkeit von Projekten.

Frau Kirsch antwortete, dass der Nachweis von Unterstützungsangeboten oftmals schwierig ist. Im Jahresabschlussbericht wird sie versuchen, dies zu belegen.

Herr Kogge sprach an, dass Frau Kirsch eine sehr engagierte aber auch bescheidene Person ist. Er sprach an, dass Frau Kirsch eine Auszeichnung erhalten hat und bat sie, dazu etwas zu sagen.

Frau Kirsch sprach an, dass sie in einem deutschlandweitem Kontrakt für Baukultur mitwirken darf. Dieser besteht aus ca. 250 Personen aus verschiedenen Bereichen, diese sollen unterschiedliche Projekte bewerten und Vorschläge machen.

Durch ein Mitglied (STR) wurde angefragt, ob es bei der 3. Familienmesse Änderungen geben soll, da jetzt der Zulauf bei der 2. Familienmesse als sehr gering gehalten wurde.

Frau Kirsch antwortete, dass sie hierzu eine andere Wahrnehmung hatte. Sie fand es sehr positiv, dass dies alles zusammen vor dem Neustadtcenter stattgefunden hatte (Familienmesse, Neustadtfest, Eröffnung Skatepark). Sie hat noch nie so einen starken Zuspruch wahrgenommen wie zu diesen Veranstaltungen.

Frau Hanna Haupt dankte Frau Kirsch für deren Ausführungen und gab das Wort an Herrn Wendler vom Stadtplanungsamt.

Herr Wendler äußerte sich zum Option im Vertrag mit SPI. Hier ist eine Weiterbeauftragung bis 2011 vorgesehen. Bis Ende d.J. werden die Leistungen vom SPI für das

Quartiermanagement lt. Vertrag erbracht und dann soll die Verlängerung erfolgen, da die Zusammenarbeit sehr gut läuft.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss nimmt die **Informationsvorlage zur Kenntnis**.

Abstimmungsergebnis:

Der Jugendhilfeausschuss hat die Vorlage **zur Kenntnis** genommen.

**zu 5.4 Gemeinsame Förderrichtlinie der Stadt Halle (Saale) für die Bereiche:
Kultur, Sport, Jugendhilfe, Soziales und Gleichstellung
Vorlage: IV/2009/07886**

Es wurde von **mehreren Mitgliedern** moniert, dass heute wiederum die alte Fassung der Vorlage bzw. keine Synopse vorlag.

Die Verwaltung wies darauf hin, dass die Synopse dem Hauptausschuss vor liegen soll und dies für die Ausschüsse nicht angedacht war. Die Ausschüsse sollten ihren Teil in der Vorlage behandeln. Dieses wurde von den Mitgliedern nicht akzeptiert und darauf verwiesen, dass man über die Änderungen informiert sein möchte.

Frau Wolff stellte den Geschäftsordnungsantrag, diesen TOP heute nicht zu behandeln, da die zugesagte Synopse den Mitgliedern nicht vorliegt.

Frau Hanna Haupt fragte an, wer zum Geschäftsordnungsantrag von Frau Wolff reden möchte.

Durch ein Mitglied (Fr. Träger) wurde erwähnt, dass laut Protokoll zur 1. Lesung im JHA 01.10.09 her vor ging, dass Frau Hock eine Synopse erstellt. Diese liegt aber nicht vor.

Die Verwaltung wies darauf hin, dass es keine Anträge im JHA gab, es wurden Fragen gestellt und Hinweise gegeben. Mehr nicht.

Anfrage durch ein Mitglied, ob laut Gremienverlauf auf der Vorlage der JHA beschließen muss, da hier nur von Vorberatung die Rede ist.

Durch ein Mitglied (Fr. Träger) wurde angesprochen, dass es auch darum geht, dass hier der Bereich Ökologie und Umweltschutz mit aufgenommen werden, dies ist nicht enthalten. Der Geschäftsordnungsantrag von Frau Wolff wird unterstützt.

Hinweis eines Mitgliedes (STR), dass über den GO-Antrag abgestimmt werden muss.

Durch ein Mitglied (Fr. Träger) wurde angesprochen, dass eine Liste vorgelegt werden sollte, was in allen bisherigen Ausschüssen dazu an Änderungen, Anträgen und Hinweisen gekommen ist. Es wird eine Rückmeldung erwartet.

Durch ein Mitglied (STR) wurde angesprochen, dass die Förderrichtlinie in mehreren Ausschüssen behandelt worden ist. Es ist nicht bekannt, dass dort Anträge dazu gestellt worden sind. Von der Synopse war in jedem Ausschuss die Rede. Es war nicht klar, dass diese nur dem Hauptausschuss vorgelegt werden soll.

Frau Hock äußerte sich dahingehend, dass die Synopse keinem Ausschuss vorgelegt

wurde. Es gibt nur 1 Antrag dazu. Im JHA wurde der Hinweis auf Streichung des § 28 unter dem § 2 Pkt. 2 gegeben. Das war eine Festlegung. Mit dieser Veränderung geht es auch in den Hauptausschuss. Die Vorlage kann vorher nicht verändert werden, es muss erst darüber abgestimmt werden.

Frau Wolff wies darauf hin, dass heute keine inhaltliche Diskussion erfolgen sollte. Es sollte aus allen Ausschüssen eine Zusammenfassung schriftlich vorgelegt werden. Heute liegt ihr Geschäftsordnungsantrag dazu vor, über diesen muss abgestimmt werden.

Hanna Haupt wies darauf hin, dass die Freien Träger aus dem JHA nicht im Hauptausschuss sitzen und demzufolge auch die angedachten Informationen nicht erhalten würden.

Sie rief den **Geschäftsordnungsantrag von Frau Wolff** zur Abstimmung auf.

Diesem Antrag wurde zugestimmt.

Frau Hanna Haupt wies darauf hin, dass dieser TOP auf die Sitzung des JHA am 03.12.09 vertagt wird. Bis dahin hat auch der Hauptausschuss getagt und die Synopse kann dem JHA vorgelegt werden.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die „Gemeinsame Förderrichtlinie der Stadt Halle (Saale) für die Bereiche: Kultur, Sport, Jugendhilfe, Soziales und Gleichstellung“.

Die Behandlung der Vorlage wurde auf den JHA 03.12.09 **vertagt**.

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 6.1 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion - Gebührendämpfung im Kindertagesstättenbereich

Vorlage: V/2009/08139

Frau Raab teilte mit, dass ihre Fraktion der Auffassung ist, dass der EB Kita die kommunalen Kita-Einrichtungen in guten Bahnen führt, konzeptionell ist sicher noch einiges an Ideen und Möglichkeiten ausbaubar. Die Fraktion zieht den Antrag zurück.

Beschlussvorschlag:

Die Oberbürgermeisterin wird aufgefordert,

1. die kommunalen Kindertagesstätten per Ausschreibung an freie Träger abzugeben.
2. eine Satzung vorzulegen, um die Kostenerstattung für die freien Träger unter Vergleich anderer Städte Sachsen-Anhalts für 2010 neu zu regeln.

Frau Raab zog den Antrag der Fraktion zurück .

zu 6.2 Antrag der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Erhaltung des Standortes der Öko-Schule Halle-Franzigmark am Schulumweltzentrum Franzigmark
Vorlage: V/2009/08257

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den Schulstandort der Öko-Schule Halle-Franzigmark am Standort Schulumweltzentrum Franzigmark zu erhalten.

Der Antrag wurde in den **JHA 03.12.09 vertagt**, da dieser im Bildungsausschuss als zuständigem Fachausschuss vertagt worden ist und erst dort zur Behandlung ansteht.

zu 6.3 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Umweltzentrum Franzigmark erhalten
Vorlage: V/2009/08253

Beschlussvorschlag:

1. Das Schulumweltzentrum Franzigmark wird inklusive Öko-Schule und Übernachtungsmöglichkeiten am jetzigen Standort erhalten und zu einem Umweltbildungszentrum für alle Hallenserinnen und Hallenser weiterentwickelt.
2. Die Stadt Halle wird sich beim Land dafür einsetzen, dass dessen Unterstützung der Öko-Schule (z.B. durch Abordnung von Lehrkräften) langfristig erhalten bleibt.
3. Das Umweltzentrum Franzigmark wird bis spätestens zum Beginn des Schuljahres 2010/2011 in freie Trägerschaft übergeben. Hierfür ist eine Ausschreibung (Interessentenwettbewerb) durchzuführen. Der Ausschreibungstext ist dem Stadtrat rechtzeitig vor Ausschreibungsbeginn zur Kenntnis zu geben. Über die Vergabe entscheidet der Stadtrat.
4. Die Stadt Halle wird sich mit folgenden Maßnahmen und Beträgen langfristig am Betrieb dieses Umweltbildungszentrum beteiligen:
 - a. Der ausgewählte freie Träger erhält das Gelände mit dem Haustier- und Gartenbereich sowie die Gebäude kostenlos bzw. für einen geringen symbolischen Betrag zur langfristigen Pacht. In den zu schließenden Vertrag ist eine Heimfallregelung zugunsten der Stadt aufzunehmen.
 - b. Zur Sicherung des Unterhalts des Umweltbildungszentrums jenseits der Kosten der Öko-Schule zahlt die Stadt Halle dem Träger einen Zuschuss zu den Unterhalts- und Betriebskosten in Höhe der (in diesem Jahr bereits reduzierten) Mittel, die im Haushaltsplan 2009 festgeschrieben sind. Ab dem Jahr 2012 wird dieser Betrag jährlich um 5 % der 2009er Zuschusssumme verringert.

Der Antrag wurde in **den JHA 03.12.09 vertagt**, da dieser im Bildungsausschuss als zuständigem Fachausschuss vertagt worden ist und erst dort zur Behandlung ansteht.

zu 7 schriftliche Anfragen von Stadträten

Es lagen keine vor.

zu 8 Mitteilungen - Informationen zum Konjunkturpaket II

Herr Kogge informierte zum Stand Konjunkturprogramm.

Im Jugendhilfebereich gibt es zwei Blöcke, zum Einen betrifft es den Eigenbetrieb Kita, zum Anderen einen Freien Träger, welcher im Bereich Kita tätig ist. Es war erst schwierig, den genauen Eigenanteil der Stadt zu errechnen.

Anfrage durch Mitglied (Fr. Träger), ob das jetzt bedeutet, dass die Mittel jetzt kommen.

Frau Brederlow antwortete, dass die Mittel angewiesen wurden.

Weitere Mitteilungen:

Frau Hanna Haupt teilte mit, dass bitte der Sitzungsort bei der Sondersitzung am 26.11., im Amt in der Schopenhauerstraße 4, beachtet werden soll. Steht auf Einladung auch als Hinweis extra mit drauf, welche nächste Woche zugeht.

Frau Hanna Haupt teilte mit, dass sich der Kinder- und Jugendrat an sie mit der Bitte gewandt hat, dass diese in regelmäßigen Abständen im JHA über Themen, welche diese behandeln, berichten. Dies wird ab 2010 ca. ¼ jährlich als Berichterstattung kommen.

Frau Brederlow teilte mit, dass bis Mitte Dezember die Antragstellung zur Fortführung des ESF-Projektes „Schulsozialarbeit“ einzureichen ist. Dies macht eine kurzfristige Bildung eines Qualitätszirkels erforderlich, damit ein Votum der Jugendhilfe abgegeben werden kann. Da dies nicht über die Träger erfolgen kann, die selbst Maßnahmen und Projekte durchführen, macht die Verwaltung den Vorschlag, hier Vertreter des Unterausschusses Jugendhilfeplanung einzubeziehen. Terminvorschlag wäre der 16.11.09 11.00 Uhr, gleich nach der Sitzung des UA Jugendhilfeplanung.

Anfrage durch ein Mitglied (Fr. Träger), da der UA Jugendhilfeplanung klare Aufgaben hat, ob es nicht günstiger wäre, hier auch Politiker mit am Tisch sitzen zu haben, auch unter dem Aspekt, dass die Priorität von Schulsozialarbeit gesehen wird.

Frau Brederlow antwortete, dass im UA Jugendhilfe auch Politiker sitzen und demzufolge dies berücksichtigt wird. Sie bittet, den Vorschlagstermin zu notieren.

Frau Brederlow teilte mit, dass im KITA-Bereich die Verwendungsnachweise 2004 – 2008 noch ausstehen, gegenwärtig sind Rückforderungen noch möglich. Insofern eilt die Prüfung. Die Stadt hat jetzt ein externes Wirtschaftsunternehmen mit der Prüfung der Verwendungsnachweise 2004 – 2008 beauftragt.

Anfrage durch ein Mitglied (STR) ob hier keine Ausschreibung über den Vergabeausschuss notwendig war.

Frau Brederlow wies darauf hin, dass dies nicht notwendig war.

Frau Gellert brachte ein Dankeschön an das Schulverwaltungsamt für eine unkomplizierte Amtshilfe an. Im Objekt Korbethaer Weg waren bauliche Maßnahmen dringend notwendig und die Hortkinder mussten kurzfristig in einem anderen Objekt untergebracht werden. Dies war in der Grundschule möglich, hier auch Dank an den Schulleiter.

Herr Kogge teilte mit, dass jetzt die dritte Welle von Schulabgängern auf uns zukommt. Hierzu hat er auch eine Presseerklärung heraus gebracht. Auffällig ist, wie positiv sich die Berufsvorbereitenden Jahre auswirken. Das Deutsche Jugendinstitut (DJI) hat hierzu auch mal eine Untersuchung gemacht, die bei Interesse auch an den JHA gegeben werden können.

Frau Götz vom Kinder- und Jugendrat (KJR)

Der KJR würde auch gern im JHA das Projekt mit der Bertelsmannstiftung vorstellen. Sie haben festgestellt, dass Unternehmen eine große Offenheit für Projekte haben. Am 23.11. ist ein Treffen mit Unternehmen.

Frau Hanna Haupt informierte über eine email der Freien Träger, welche nach dem JHA 01.10.09 auf Grund der Stadtratsvertreteranfrage zur Zusammensetzung der Mitglieder der Freien Träger im JHA, gesendet wurde. Hier teilt Herr Bognitz mit, dass die freien Träger die Wahl der Stellvertreter so akzeptieren wie sie im Stadtrat gelaufen ist, d.h.

Frau Schubert wird von Frau Manser;
Herr Bognitz von Herrn Römer,
Frau Klotsch von Frau Plättner,
Herr Dölle von Frau Ohmke,
Frau Gellert von Herrn Starke und
Herr Kramer von Frau Fischer

vertreten.

Frau Hanna Haupt fragte an, ob es zum 2. Teilbericht Bildung, welcher im JHA am 01.10.09 in erster Lesung war, noch Anfragen oder Hinweise gibt. Dies war nicht der Fall. Frau Hanna Haupt stellte fest, dass dieser 2. Teilbericht Bildung vom JHA zur Kenntnis genommen worden ist.

zu 9 Arbeitsplanung

Frau Brederlow sprach an, dass für Sitzung am 03.12. angedacht ist, folgende Punkte zu behandeln:

- Bedarfs- Entwicklungsplanung Kita 2010
- Schulentwicklungsplanung
- Die heute verschobenen TOP: Anträge zur Franzigmark als auch die Schülerbeförderungssatzung und die Gemeinsame Förderrichtlinie
- Voraussichtlich die Gebührensatzung Kita auf Grund der Gesetzesänderung
- Information zum Stand der Grundsatzvereinbarung mit den freien Trägern zum § 78

In der Arbeitsplanung aufgenommen worden ist, im I. Quartal 2010 im JHA über die Entwicklung im Bereich der Schulsozialarbeit zu berichten als auch über den Übergang Schule/Beruf.

Anfrage durch ein Mitglied (Fr. Träger) ob im Dezember auch mit der Behandlung der Förderung der freien Träger zu rechnen ist.

Frau Brederlow antwortete, dass dies erst Thema im UA Jugendhilfeplanung zu sein hat und demzufolge erst Anfang 2010 im JHA thematisiert wird.

Durch ein Mitglied (Fr. Träger) wurde angefragt, wie der Stand zu den Sozialraumplanungsgruppen ist.

Frau Brederlow antwortete, dass auch das erst im UA Jugendhilfeplanung thematisiert wird.

zu 10 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Frau Götz fragte an, ob es mit der Veröffentlichung der Tagesordnung des JHA auf ypool (Jugendseite) Probleme gibt oder dies erfolgen wird.

Frau Brederlow antwortete, dass dies kein Problem ist. Die TO wird an die Redaktion von ypool gesendet und es wird dann für die Jugendlichen dort veröffentlicht.

Frau Ute Haupt erinnerte an die noch ausstehende Beantwortung ihrer beiden Anfragen aus der letzten Sitzung des JHA. Dies waren: 1. Inwieweit das hallesche Fanprojekt in das Theaterstück des Thalia Theaters involviert ist und einbezogen wurde.

Und 2. inwieweit es das Netzwerk Kinderschutz in der Stadt Halle gibt.

Die Verwaltung sicherte die Beantwortung zu.

Frau Ute Haupt fragte an, ob der „GIMMI“ wieder aus der Pustelblume raus geht.

Frau Brederlow verneinte dies.

Frau Gellert sprach an, dass aus der Zeitung die aktuelle Situation zur Rosengartenschule entnommen werden konnte. Hierüber gab es Beschwerden auch von Eltern. Sie sprach an, dass im Vorfeld solcher Entscheidungen auf jeden Fall auch der Hortträger informiert sein sollte. Hier handelt es sich um ein sensibles Elternfeld. Generell sollten bei Schulfusionen/-schließungen etc. die Hortträger zeitnah einbezogen werden, um dann auf die Eltern zeitnah zugehen zu können.

Frau Gellert fragte zum Stand Sozialraumplanungsgruppen an. Die Vernetzungsgruppen haben immer eine sehr große Bedeutung gehabt und sollten wieder legitimiert werden.

Die Verwaltung wies darauf hin, dass diese Themen keine Anfragen sind sondern Themen für die Sondersitzung wären.

Herr Paulsen fragte an, wie der Stand der Vorlage Gebührensatzung Kita ist. In der letzten Stadtratssitzung hat die Oberbürgermeisterin zugesagt, dass die Vorlage sofort in die Ausschüsse geht. Ab 01.01.2010 soll die Satzung greifen.

Die Verwaltung verwies darauf, dass die Vorlage in der Erarbeitung ist. Die Zusage von Frau Oberbürgermeisterin ist bekannt. Die Verwaltung versucht, ihr gerecht zu werden.

Anfrage von Frau Gellert zum Umgang mit der Thematik Schweinegrippe. An der Südstadtschule gibt es zwei Fälle. Wenn Schulen geschlossen werden ist dann der Hortträger auch verpflichtet zu schließen. Wenn ja, wer zahlt dann die Hortgebühr.

Herr Kogge antwortete, dass die Schließung von Schulen vom Gesundheitsamt veranlasst wird. Wenn eine Schule geschlossen werden muss auch der Hort geschlossen werden. Dies trifft auch auf KITA's oder jeden Sportbereich zu, **wenn** es der Fall sein sollte. Es gibt „höhere Gewalt“, dazu zählt auch eine Pandemie. D.h. dass dies dann Risiko des Trägers ist. Eltern haben kein Kürzungsrecht in diesem Fall. Wenn die Einrichtung wegen einer Ansteckungs- und demzufolge Ausbreitungsgefahr geschlossen wird, können die Kinder auch nicht woanders hin gehen.

zu 11 Anregungen
Es gab keine Anregungen.

Gez. Hanna Haupt
Ausschussvorsitzende

Uta Kaupke
Protokollführerin